

Armutsatlas Europa: Überlegungen zu einem europäischen Sozialdialog

Dr. Rudolf **Martens**
Paritätische Forschungsstelle
Berlin



Dr. Rudolf **Martens**

1. Populismus und Chauvinismus im Europa ohne Europäer

In den Jahren der Abstimmungen über die neue europäische Verfassungsurkunde wurde in der politischen Diskussion und in den europäischen Medien anhaltend über die Bürgerferne des Europakonzeptes und das Eigenleben der EU-Bürokratie Klage geführt. In der seit drei Jahren anhaltenden Krise des EUR und der EU rächt sich diese Tatsache eines Europa ohne Europäer: Die Krisenerklärungen durch Politik und Medien mit ihren Verfälschungen und Schuldzuweisungen konnten lange weder verstanden noch durchschaut werden und förderten Populismus und Chauvinismus.¹

Die Rettungskosten der Südeuropäischen Banken wurden nicht, wie es wegweisend gewesen wäre, als Bankschulden bezeichnet, sondern irreführend als Staatsschulden deklariert. Dabei darf die Rolle der deutschen, französischen und österreichischen Banken nicht vergessen werden, die die südeuropäischen aber auch osteuropäischen Volkswirtschaften mit Krediten geflutet haben. Oftmals waren die Kreditgeschäfte ungenügend mit Eigenkapital gesichert.² Die Destabilisierung vor allem der südeuropäischen Volkswirtschaften durch die Exportüberschüsse der deutschen Großwirtschaft gegenüber den europäischen Nachbarländern wird statt als Krisenursache als Vorbild und Beispiel behauptet.³

Die Drohungen deutscher Politiker mit Sparkommissaren, Staatsinsolvenz und EU-Ausschluss Griechenlands⁴ und die hemmungslosen Beschuldigungen und Verunglimpfungen Griechenlands in Talk-Shows und Boulevardmedien⁵ haben in Deutschland eine sachgerechte Diskussion verhindert. Die Ursachen der Krise, die wechselseitige Abhängigkeit von „Sparen“ und „Wachstum“ und die Unerlässlichkeit einer zwischen den Euro-Staaten abgestimmten Wirtschaftspolitik – diese Themen fanden keinen Eingang in die öffentliche Diskussion.⁶ Dies galt bis zu den Wahlen in Frankreich, Griechenland, Italien und

„Die Krisenerklärungen durch Politik und Medien mit ihren Verfälschungen und Schuldzuweisungen konnten lange weder verstanden noch durchschaut werden und förderten Populismus und Chauvinismus.“

¹ Kornelius, Stefan: Vor der Wahl. In: Süddeutsche Zeitung, 09.05.2012.

² Hoffmann, Catherine: Zähmt die Zombies. In: Süddeutsche Zeitung, 11.05.2012.

³ Hoffmann, Catherine: Operation Selbstbetrug. In: Süddeutsche Zeitung, 16./17.05.2012.

⁴ Hoffmann, Catharine: Ein Mann sieht rot. In: Süddeutsche Zeitung, 17.02.2012.

⁵ Steinberger, Karin: Verzeihung, ich bin Grieche. In: Süddeutsche Zeitung, 07.05.2012.

⁶ Hoffmann, Catherine: Sparen kann tödlich sein. In: Süddeutsche Zeitung, 22.05.2012.

Nordrhein-Westfalen. Danach trat die Anatomie der Krise der Europäischen Währung und der Europäischen Union offen zutage.

Im Laufe des Frühjahrs 2012 hatte der von der deutschen Politik durchgesetzte Fiskalpakt in den europäischen Ländern zu wirken begonnen: Mehrwertsteueranhebungen, Rentenkürzungen, Lohn- und Mindestlohnsenkungen, Abbau öffentlicher Daseinsvorsorgeleistungen, Privatisierung öffentlicher Unternehmen etc.⁷ Anfang Mai 2012 waren bereits neun von 17 Euro-Staaten in die Rezession gefallen und für weitere vier Länder, darunter Deutschland selbst, drohte die gleiche Entwicklung.⁸

Nun reagierten nicht mehr nur die Arbeitnehmerorganisationen und Protestbewegungen, sondern auch die parlamentarisch-demokratischen Systeme in Europa und Deutschland: Abgestuft nach dem Grad der Zerstörung der jeweiligen Volkswirtschaften und der Verarmungsoffer der jeweiligen Bevölkerungen wählten die Bürger in Griechenland, Italien, Frankreich und Nordrhein-Westfalen Parteien, die sie nicht länger durch simple und rigore Einsparungen zur Re-Finanzierung der Schulden der Banken bzw. zur Bedienung der Forderungen der Großvermögen via Staatshaushalte zwingen würden.

„Die sich bis in die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen fortsetzende Schockwelle dieser Wahlen – vor allem im Süden und einige Monate zuvor im Osten der EU – beleuchteten grell die Tatsache, dass es offenbar die deutschen Exportkonzerne, die deutschen Großbanken und der deutsche Staatshaushalt sind, die an der Krise der anderen EU-Länder verdienen.“

Die sich bis in die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen fortsetzende Schockwelle dieser Wahlen – vor allem im Süden und einige Monate zuvor im Osten der EU – beleuchteten grell die Tatsache, dass es offenbar die deutschen Exportkonzerne, die deutschen Großbanken und der deutsche Staatshaushalt sind, die an der Krise der anderen EU-Länder verdienen. Während in Griechenland die Mindestlöhne um 22 Prozent gesenkt wurden und die Mehrwertsteuer von 19 auf 23 Prozent angehoben wurde, boomt bei der deutschen Exportwirtschaft der Umsatz mit den Schwellenländern. Zugleich werden die deutschen Banken mit Fluchtkapital aus den europäischen Krisenländern überschwemmt und werden Milliarden deutscher Staatsanleihen von internationalen Anlegern zu Nullzinsen finanziert.⁹ Zusammen mit den Niedrigzinsen der Europäischen Zentralbank heizt diese Entwicklung das Investitionswachstum im deutschen Exportsektor weiter an und erlaubt dem Bundeshaushalt enorme Einsparungen bei den Anleihezinsen.¹⁰

⁷ Autorengemeinschaft: Der verschuldete Kontinent. In: Süddeutsche Zeitung, 25.04.2012.

⁸ Hagelüken, Alexander; Hoffmann, Catherine: Im Angesicht der Rezession. In: Süddeutsche Zeitung, 03.05.2012.

⁹ Balsler, Markus: Einsam Wunderland. In: Süddeutsche Zeitung, 16./17.05.2012; Böll et al.: Weiter so, Griechenland? In: der Spiegel, 7/2012, S. 22; Boehringe et al.: Kreditklemme, Kreditschwemme. In: Süddeutsche Zeitung, 24.05.2012; und Zydra, Markus: Nullnummer. In: Süddeutsche Zeitung, 25.05.2012.

¹⁰ Bohsem, Guido: Kräftiger Aufschwung trotz Krise. In: Süddeutsche Zeitung, 19.04.2012.

In der Öffentlichkeit wurde Deutschland – insbesondere nach den Schockwahlen in Frankreich und Griechenland – in einer wachsenden Frontstellung gegenüber den übrigen Euro- und EU-Staaten gesehen. Die Themen lauteten: „Allein unter Fremden“,¹¹ „Deutschland gegen den Rest der Welt“¹² und „Deutschland als Feind“.¹³ In dieser Diskussion blitzte auf, was die eigentliche Krisenstrategie des deutschen Machtkartells sein könnte: Die durchaus existierenden Konkurrenzindustrien in Frankreich, Italien und Spanien, selbst in Portugal werden unter Ausnutzung der Bankenkrise und der damit verbundenen Kreditrestriktion und Kreditverteuerung ausgeschaltet.¹⁴ Zwar sind damit zwangsläufig Exporteinbußen im innereuropäischen Markt für die deutsche Exportwirtschaft verbunden, durch eine offensive Ausrichtung auf China, Indien, Brasilien und Osteuropa können diese Verluste aber kompensiert werden. Neben der Kapitalflucht haben Wirtschaftsrezession und die ungewissen Aussichten der Südländer zu einer merklichen Zuwanderung von Fachkräften nach Deutschland geführt: Fachkräfte, für die Deutschland keine Bildungs- und Ausbildungskosten aufbringen musste und die den Südländern künftig fehlen werden.¹⁵

Ende Mai 2012 wurden Überlegungen zur Einführung einer Parallelwährung in Europa in die Öffentlichkeit gebracht: Bei weiterbestehendem Euro sollten die wirtschaftsstärksten und zahlungskräftigsten Euro-Länder eine privilegierte „Guldenmark“ einführen, die höher bewertet wäre als der ordinäre Euro und die in Europa eine Rolle spielen soll wie der US-Dollar „in der Karibik“.¹⁶ Dies ist zuzusagen die wirtschaftsimperiale Variante. Die wirtschaftsnationale Variante wurde im Mai 2012 darin gesehen, dass wirtschaftsschwache und überschuldete Länder aus dem für sie zum Zwangssystem gewordenen Euro aussteigen sollten.¹⁷

Dabei ist die in den deutschen Medien und von deutschen Spitzenpolitikern betriebene Verunglimpfung der Wahlsieger der Parlamentswahlen in Italien vom Februar 2013 als Populisten¹⁸ oder gar „Clowns“ das getreue Abbild eines macht-bornierten gar nicht verstehen Wollens. Dieses Wahlergebnis ist nichts we-

„...ist die in den deutschen Medien und von deutschen Spitzenpolitikern betriebene Verunglimpfung der Wahlsieger der Parlamentswahlen in Italien vom Februar 2013 als Populisten oder gar „Clowns“ das getreue Abbild eines macht-bornierten gar nicht verstehen Wollens.“

¹¹ Gammel, Cerstin: Allein unter Fremden. In: Süddeutsche Zeitung, 22.05.2012.

¹² Piper, Nikolaus: Deutschland gegen den Rest der Welt. In: Süddeutsche Zeitung, 21.05.2012.

¹³ Kornelius, Stefan: Deutschland als Feind. In: Süddeutsche Zeitung, 30.04./01.05.2012.

¹⁴ Schoepp, Sebastian: Südliches Selbstbewusstsein. In: Süddeutsche Zeitung, 23.02.2012.

¹⁵ Fromm, Thomas; Jakobs, Hans-Jürgen: Nervöse Zone Deutschland. In: Süddeutsche Zeitung, 25.05.2012.

¹⁶ Boehringer, Sabine: Das Geheimnis Euro. In: Süddeutsche Zeitung, 23.05.2012.

¹⁷ Flassbeck, Heiner: Deutschland sieht den Balken im eigenen Auge nicht. Badische Zeitung, 25.04.2012; Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung in der Hans-Böckler Stiftung, (Hrsg.): Mehr Zeit zum Konsolidieren und glaubwürdige Schuldengarantien zur Rettung der Währungsunion, Düsseldorf, 22.05.2012; Krugmann, Paul: Europa begeht ökonomischen Selbstmord. In: Der Standart.at GmbH, 17.04.2012.

¹⁸ Kornelius, Stefan: Gefährliches Gemisch - leicht entflammbar, in: Süddeutsche Zeitung, 02.03.2013.

niger als die spezifische italienische Antwort¹⁹ auf den finanzkapitalistischen Administrator der deutsch inspirierten Austeritätsstrategie Mario Monti: Beppe Grillo, gewählt vor allem von den ausgegrenzten Jungen, und Silvio Berlusconi, gewählt von den kleinen Selbständigen, Medienschaffenden und auch von mafiosen Strukturen und Netzwerken.

2. Europäische Armutsgeographie: Sparpolitik und Fiskalpakt zerrütten die Europäische Union

Schon in der deutschen Armutsdiskussion hat sich gezeigt, dass eine regionale und kartographische Darstellung der unterschiedlichen Verarmungsgrade in Deutschland²⁰ nach zwei Seiten erkenntnisfördernd ist: Die Armutsdiskussion wurde gezwungen, über die individuell-personalen Aspekte hinaus, die gesamt- und regionalwirtschaftlichen Entwicklungen in den Blick zu nehmen.²¹ Fast alle staatlichen Maßnahmen - wie beispielsweise das 2010 beschlossene Kürzungspaket („Haushaltsbegleitgesetz“) - haben regionale Wirkungen. Eine Kartographie dieses Kürzungspakets in Verbindung mit regionalen Armutsquoten legen die regional zugespitzten Brennpunkte dieser Austeritätspolitik offen.²² Es wäre wünschenswert, dass eine europaregionale und kartographische Darstellung der Armutsquoten eine vergleichbare politische Wirkung für einen europäischen Sozialdialog entfaltet.

„Das ursprüngliche Ziel der Europäischen Einigung und der Europäischen Union war die Förderung des wirtschaftlichen Wachstums und des sozialen Ausgleichs in den leistungsschwächeren Mitgliedsstaaten. Dieses Ziel scheint derzeit ferner denn je zu sein.“

Das ursprüngliche Ziel der Europäischen Einigung und der Europäischen Union war die Förderung des wirtschaftlichen Wachstums und des sozialen Ausgleichs in den leistungsschwächeren Mitgliedsstaaten. Dieses Ziel scheint derzeit ferner denn je zu sein. Seit Ende der 2000er Jahre hat sich die Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Staatshaushalte und vor allem auf die Wirtschaft der Euro-Länder ausgeweitet. Sowohl aus den Wirtschaftswissenschaften heraus wie auch aus internationalen Wirtschaftsorganisationen – wie IWF, OECD, ILO, G20 – mehrten sich warnende Stimmen vor der von der Bundesregierung verordneten „überzogen harten Sparpolitik“ (Gustav Horn). Diese wirke sich gegenüber den Krisenländern sehr nachteilig aus.

¹⁹ Müller, Burkhard: Schlaukopf trifft Hanswurst. Der italienische Komiker und seine politische Aufgabe. In: Süddeutsche Zeitung, 1.3.2013.

²⁰ Martens, Rudolf (2009): Unter unseren Verhältnissen... Der erste Armutsatlas für Regionen in Deutschland.- Paritätischer Gesamtverband, Berlin (2. korrigierte Auflage).

²¹ Martens, Rudolf (2009): Existenzminimum: Wachstumsfaktor und Wagnisversicherung. In: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Jg. 58, Heft 1; Martens, Rudolf (2012): Einkommensverhältnisse und Armut von Familien – eine Skizze. In: Gerechtigkeit im Sozialstaat. Analysen und Vorschläge, Ulrike Haerendel (Hrsg.), Nomos-Verlag, Baden-Baden, S. 193-208.

²² Martens, Rudolf (2010): Unter unseren Verhältnissen II... Atlas der Sozialkürzungen der Bundesregierung 2011-2014.- Paritätische Forschungsstelle, Berlin.

Eine ganze Reihe von EU-Mitgliedsstaaten und insbesondere der Euro-Raum würden geradezu in die Rezession hineingesparrt. Dies zeigt inzwischen auch Rückwirkungen auf Deutschland, dessen exportabhängige Wirtschaft dies spürt.

Nicht nur die wirtschaftliche Krise, sondern auch die politischen Ereignisse zeigen, dass die durch den Fiskalpakt noch verschärfte sogenannte Sparpolitik den politischen Zusammenhalt zwischen den EU- und Euro-Mitgliedern und den sozialen Zusammenhalt in den jeweiligen Gesellschaften zerrüttet. Neben zahlreichen Regierungswechseln wie Dauerprotesten ist das Anwachsen separatistischer Bewegungen in Belgien, Großbritannien, Norditalien und Spanien ein deutliches Symptom der sozialen und politischen Krise.

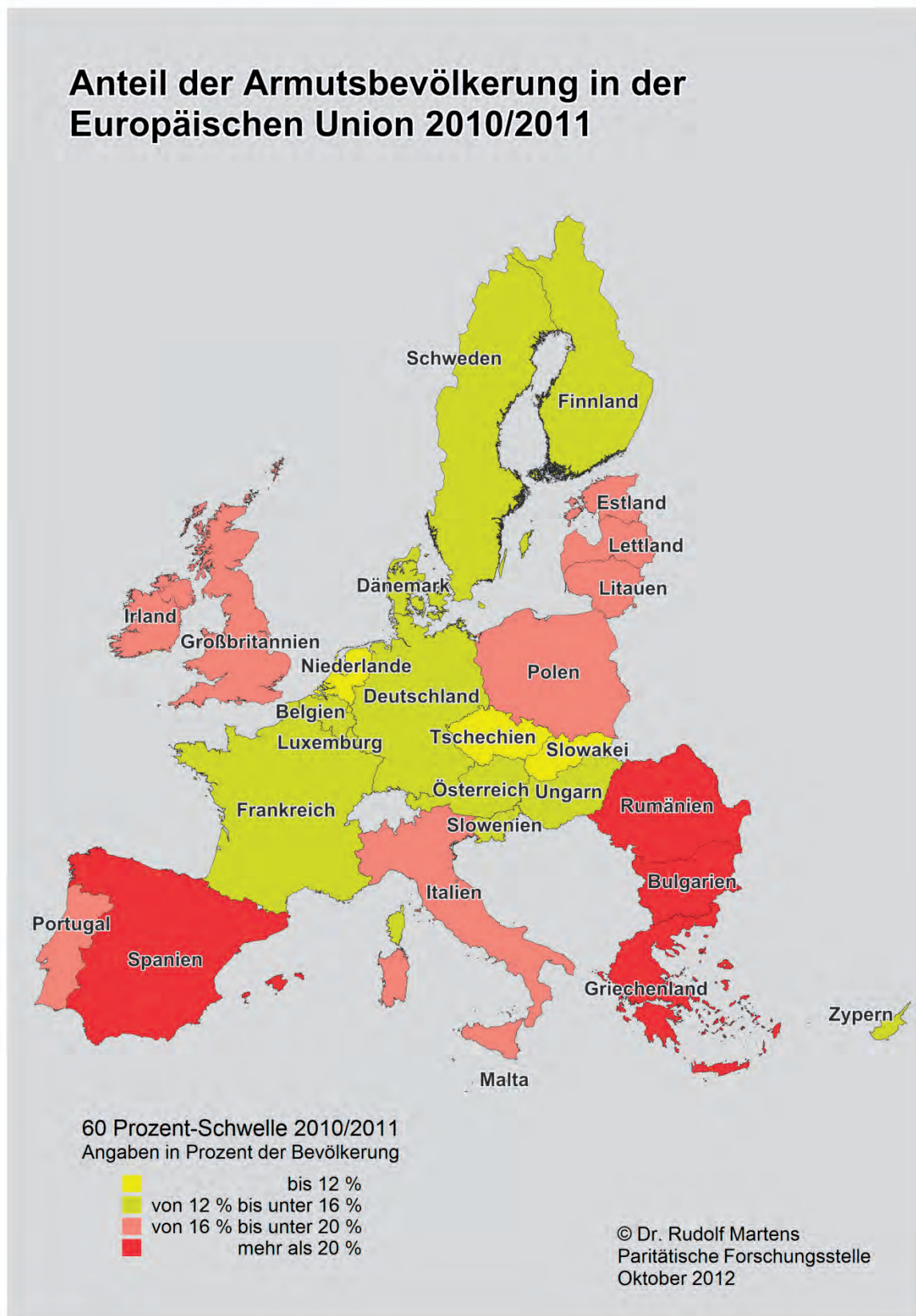
Ein anschauliches Maß für das ökonomische und soziale Destabilisierungsrisiko ist die Armutsquote – besonders auch die Kinder-Armutsquote – in den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten. Die Armutsquoten zeigen letztlich an, ob und inwieweit in den vorausgegangenen Jahren die Wertschöpfungen in den unterschiedlichen Ökonomien gleichmäßig oder ungleichmäßig verteilt wurden. Dabei ist eine tendenziell gleichmäßige Verteilung der Wertschöpfung eine wesentliche Voraussetzung für das Wachstum bzw. Binnenwachstum einer Volkswirtschaft.

In der Betrachtung der Armutsquoten in der EU für 2010/2011 (Karte 1) zeigen sich neben den bekanntlich strukturschwachen Ländern Rumänien und Bulgarien für die Euro-Länder Griechenland und Spanien dramatisch hohe Armutswerte. In diesen Ländern ist das schon massiv beeinträchtigte Wirtschaftswachstum zusätzlich extrem ungleich verteilt. Damit ist ein wirtschaftlicher Abstieg vorprogrammiert. Dieses Destabilisierungsrisiko ist auch in weiteren Euro-Ländern zu beobachten. Italien lag schon bei der Erhebung der Kinderarmutsquoten 2009 auf gleich hohem Niveau wie Griechenland und Spanien. Verschärfte Sparprogramme und Fiskalpakt destabilisieren in kürzester Zeit den gesamten südlichen EU-Raum. Der teilweise Zusammenbruch des Automarktes dort zeigt dies überdeutlich.

Sparprogramme als Kürzungen der Einkommen und Sozialeinkommen treiben die Armutsquoten hoch und verringern die Inlandsaufkraft der jeweiligen EU-Länder. Auch die als angebliches Mittel zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit gepriesenen Strukturreformen erhöhen die Ungleichverteilung der Wertschöpfung und damit der Einkommen. Dies ist ablesbar an steigenden bzw. permanent hohen Armutsquoten.

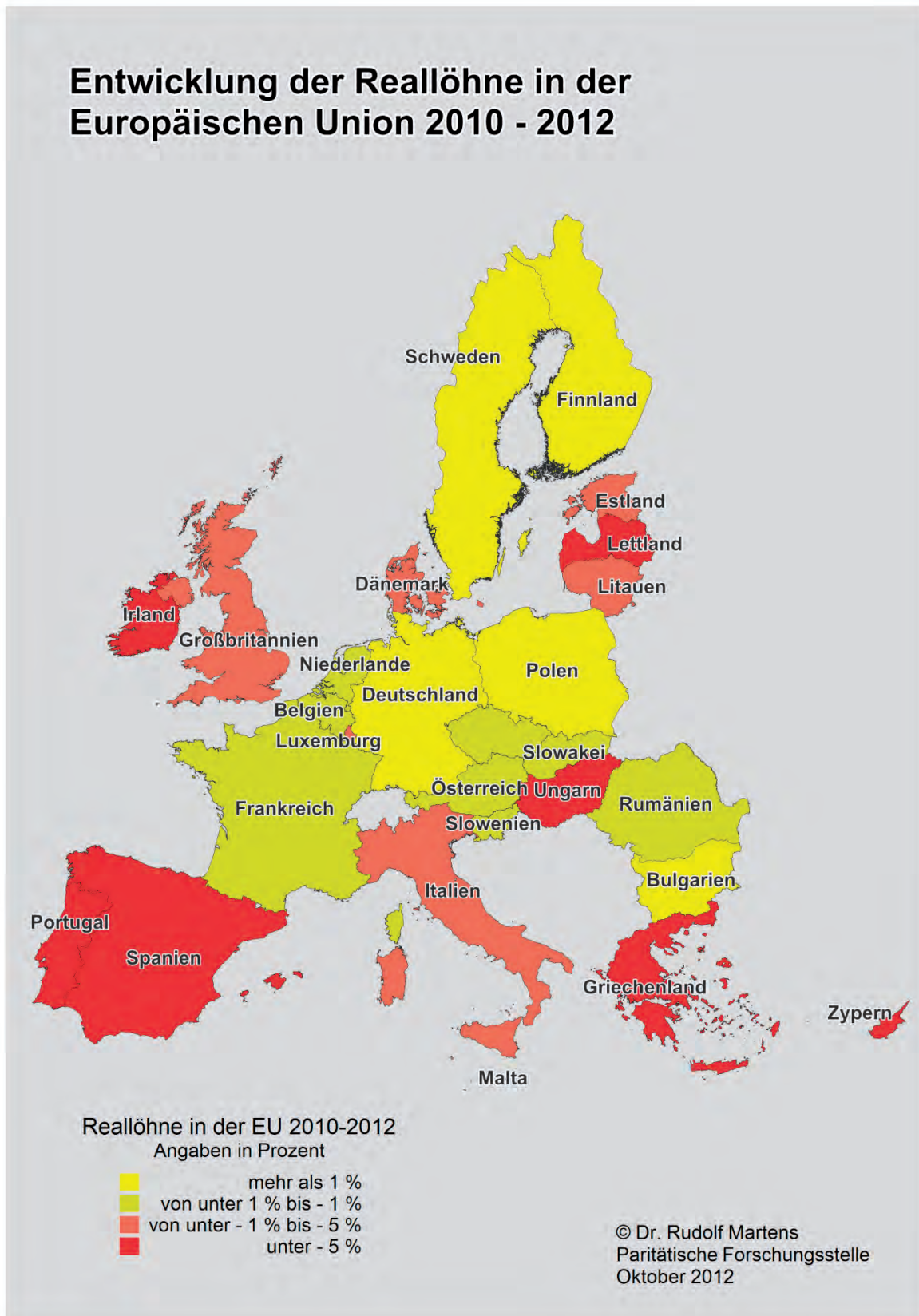
„Nicht nur die wirtschaftliche Krise, sondern auch die politischen Ereignisse zeigen, dass die durch den Fiskalpakt noch verschärfte sogenannte Sparpolitik den politischen Zusammenhalt zwischen den EU- und Euro-Mitgliedern und den sozialen Zusammenhalt in den jeweiligen Gesellschaften zerrüttet.“

Karte 1: Personen mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Armutsschwelle, die bei 60 % des nationalen verfügbaren Medianäquivalenzeinkommens (nach Sozialtransfers) liegt.



Quelle: EUROSTAT, 15. Oktober 2012.

Karte 2: Entwicklung der Reallöhne in der Europäischen Union zwischen 2010 und 2012.



Quelle: Schulten, Thorsten (2012): Europäischer Tarifbericht des WSI – 2011/2012.
In: WSI-Mitteilungen, H. 6/2012, S. 455.

Erklärtes Ziel des von der Bundesbank schon vor einigen Jahren ausgegeben Konzeptes zum Abbau der Unterschiede in der Leistungsfähigkeit der EU-Volkswirtschaften ist die Dämpfung oder sogar die Senkung der Reallöhne. Wenn dann in einer Krisensituation Reallohnsenkungen auf bereits hohe Armutsquoten treffen, ist die Gefahr einer weiter sinkenden Wirtschaftsleistung übergroß. Noch schärfere Ungleichverteilung der Einkommen und weiter erhöhte Armutsquoten wären die Folgen.

„Anstelle einer solidarischen, d.h. sozialstaatlichen Weiterentwicklung des Sozialmodells Europa, hat sich damit die Strategie der neoliberalen Zerstörungstheoretiker unter Führung der deutschen Bundesregierung in Europa durchgesetzt.“

Die Karte der Entwicklung der Reallöhne in der EU von 2010 bis 2012 (Karte 2) zeigt die beschriebene Konstellation für Griechenland und Spanien, aber auch Italien erscheint als gefährdet. Anstelle einer solidarischen, d.h. sozialstaatlichen Weiterentwicklung des Sozialmodells Europa, hat sich damit die Strategie der neoliberalen Zerstörungstheoretiker unter Führung der deutschen Bundesregierung in Europa durchgesetzt.²³ Aus dem Institut der deutschen Wirtschaft kommt dazu ein entsprechender Neuordnungsvorschlag für den Wirtschafts- und Sozialraum Europa als unausgesprochenes Ergebnis von Sparpolitik und „Fiskalpakt“: Die Bildung eines Kern-Europas um Frankreich und Deutschland.²⁴

3. Polyzentrisches Sozial-Europa oder monozentrisches Kapital-Europa

Das stets als Besonderheit gemeinsamer Wachstumsförderung und Wirtschaftsentwicklung Europas beschworene „Sozialmodell Europa“²⁵ besteht auch in einer spezifischen „räumlich ausgewogenen und nachhaltigen Entwicklung der Europäischen Union“.²⁶ Drei Ziele werden damit verfolgt: Wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt, Erhaltung und Management der natürlichen Lebensgrundlagen und des kulturellen Erbes sowie ausgeglichene Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Raumes.²⁷ Diese Ziele sollen durch ein Polyzentrisches Europa erreicht werden.²⁸ Derzeit gibt es nur eine „herausragende größere geographische Zone weltwirtschaftlicher Integration: Den Kernraum der EU, der das von den Metropolen London, Paris, Mailand, München und Hamburg begrenzte Gebiet umfasst.“²⁹ Darüber hinaus gibt es einige isolierte Wachstumsinseln wie z.B. Barcelona oder die Öresundregion.

²³ Schulmeister, Stephan: Ausgetrickst von den Chicago-Boys. In: Süddeutsche Zeitung, 23/24.06.2012.

²⁴ Hüther, Michael: Europa neu denken: Kern und Peripherie. In: Süddeutsche Zeitung, 29.07.2012.

²⁵ Pontusson, Jonas (2006): Wohin steuert das soziale Europa? In: WSI-Mitteilungen. Hrsg.: Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf 10/2006, S. 532-539.

²⁶ Europäische Kommission (Hrsg.)(1999): EUREK – Europäisches Raumentwicklungskonzept, Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg.

²⁷ A.a.O., Vorwort.

²⁸ A.a.O., S. 21.

²⁹ A.a.O., S. 21.

Es bedarf daher einer Raumordnungspolitik, die auf die Schaffung mehrerer dynamischer Zonen weltwirtschaftlicher Integration abzielt.³⁰

In zahlreichen Untersuchungen zur wirtschafts- und sozialräumlichen Gestaltung und Entwicklung Europas, insbesondere zur unterschiedlichen „Wettbewerbsfähigkeit“ seiner Teilräume, wird die ausgeprägte Monozentralität beschrieben: Eine Konzentration hoher Werte für die Wachstumsfaktoren Verkehrsraumlage, Arbeitskosten, Produktivität, wirtschaftliche Infrastruktur, Forschung und Entwicklung etc. auf den Korridor London-Mailand, die „Blaue Banane“.³¹

Dieser ausgeprägten Zentrum-Peripherie-Situation bei den Wachstumsfaktoren stehen bei den Wachstumsresultaten wie bspw. der Beschäftigung vor allem im Europa-Süden bislang bessere Ergebnisse gegenüber.³² Untersuchungen haben schon zu Beginn der 1990er Jahre darauf hingewiesen, dass sich im südeuropäischen „Sunbelt“ mit Valencia, Barcelona, Lyon und Nizza eine junge und leistungsfähige durch Forschung und Entwicklung geprägte High-Tech-Zone herausbildet, die als „Herausforderer“ für die alte Kernzone der „Blauen Banane“ bzw. des „Pentagon“ mit London, Paris, Mailand, München und Hamburg zu sehen ist.³³

Die Staatsschuldenkrise als eine umgewandelte Bankenkrise gefährdet diese hoffnungsvollen Entwicklungen außerhalb Kerneuropas. Anstelle eines polyzentrischen Sozialeuropas kann die Krise zu einem monozentrischen Kapitaleuropa als Dauerzustand führen. In einem Beitrag des Instituts der deutschen Wirtschaft zur Euro-Debatte heißt das: „Europa neu denken: Kern und Peripherie“.³⁴

„Die Staatsschuldenkrise als eine umgewandelte Bankenkrise gefährdet diese hoffnungsvollen Entwicklungen außerhalb Kerneuropas. Anstelle eines polyzentrischen Sozialeuropas kann die Krise zu einem monozentrischen Kapitaleuropa als Dauerzustand führen.“

³⁰ Ebda.

³¹ Nerb et al. (1992): Großräumige Entwicklungstrends in Europa und wirtschaftspolitischer Handlungsbedarf. In: Ifo-Schnelldienst, Hrsg.: Ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München 17/18-1992, S. 13-21 und Schmidt, Volker; Sinz, Manfred (1993): Gibt es den Norden des Südens? Aspekte regionaler Wettbewerbsfähigkeit in der Europäischen Gemeinschaft. In: Informationen zur Raumentwicklung. Hrsg.: Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Bonn 9/10-1993, S. 593-618, bes. S. 606 ff.

³² Ebda.

³³ Nerb et al.(2000): A.a.O., S. 19. Schön, Karl-Peter: Das Europäische Raumentwicklungskonzept und die Raumordnung in Deutschland. In: Informationen zur Raumentwicklung. Hrsg.: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn 3/4-2000, S. IV. Der Kernraum Europas innerhalb der Metropolen London, Paris, Mailand, München, Hamburg verfügte im Jahre 2000 über 20 Prozent der Fläche, 40 Prozent der Bevölkerung und 50 Prozent des BIP der EU.

³⁴ Hüther, Michael: A.a.O und Hirschel, Dirk: Tief gespaltenes Euroland. In: Süddeutsche Zeitung, 29.04.2010. Wie die eigenartigen Vertragskonstruktionen der Rettungs- und Sparverträge, d.h. der ESM- und Fiskalverträge per se den EU- und den Euroraum fragmentieren. Zielcke, Andreas: Eine neue Kontur Europas. In: Süddeutsche Zeitung, 21./22.07.2012

4. Europäischer Sozialdialog als Antwort auf die Krise

Bislang war Europa nicht viel mehr als ein sich stetig ausdehnender Binnenmarkt sowohl durch Einbeziehung immer neuer Mitgliedsstaaten wie auch durch zunehmende Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Abseits der politischen Sonntagsrhetorik war das europäische Hauptmotiv Profitsteigerung, Konkurrenzförderung und Sozialsstandardabbau - kurz: Kapitaleuropa.

Nunmehr wird Europa, nachdem es von seinem stärksten Akteur zum bloßen Hinterland degradiert wird, als Sozialeuropa vorangetrieben werden müssen. Die Protestaktionen und Platzokkupationen in Großbritannien, Spanien und auch in Frankfurt am Main sind eine Art Vorbote dafür, dass – neben den Risiken für Arbeitnehmer, Rentner, Arbeitslose etc. – die EU auch etliche Chancen bietet, die nun verteidigt und verwirklicht werden müssen.

In der Öffentlichkeit wird durchaus erkannt und bedacht, dass die von der deutschen Politik empfohlene Nachahmung des Geschäftsmodells Deutschland durch die anderen Länder Europas weder ernst gemeint ist, denn dann würde ja mehr Konkurrenz entstehen, noch ernsthaft machbar ist, denn die Gesellschaften und Volkswirtschaften sind eben höchst unterschiedlich.³⁵

In der Öffentlichkeit wird auch durchaus bemerkt, dass gerade in Griechenland in Folge der dortigen breiten Verarmung auf vorkapitalistische Formen der gesellschaftlichen Reproduktion bzw. Existenzsicherung zurückgegriffen wird: Ausschluss des Zwischenhandels durch Direktvermarktung von Agrarprodukten, Tauschhandel und Parallelwährungen.³⁶ Dies erinnert an die Zeit der Alternativprojekte in den 1970er und 1980er Jahren in Deutschland, aus denen nicht zuletzt die regenerative Energiewirtschaft unserer Tage hervorgegangen ist.

Es wird eine herausragende Aufgabe der Gewerkschaften, der Sozialverbände und der Wohlfahrtsverbände sein, den spontanen Protestbewegungen und Alternativwirtschaften in Europa mit ökonomischen und politischen Konzepten die erforderlichen Grundlagen und die ergänzenden Rahmenbedingungen dafür zu bieten, das angestrebte Sozialeuropa auch tatsächlich durchsetzen zu können.³⁷

„Es wird eine herausragende Aufgabe der Gewerkschaften, der Sozialverbände und der Wohlfahrtsverbände sein, den spontanen Protestbewegungen und Alternativwirtschaften in Europa mit ökonomischen und politischen Konzepten die erforderlichen Grundlagen und die ergänzenden Rahmenbedingungen dafür zu bieten, das angestrebte Sozialeuropa auch tatsächlich durchsetzen zu können.“

³⁵ Hoffmann, Catherine: Operation Selbstbetrug. In: Süddeutsche Zeitung 16./17.05.2012.

³⁶ Hatsakis, Sortiris: Was wir sehen ist eine neue Revolution. In: Süddeutsche Zeitung, 04.05.2012 und Strittmatter, Kai: Blühende Phantasie. In: Süddeutsche Zeitung, 02.05.2012.

³⁷ Deutscher Gewerkschaftsbund (Hg.)(2012): Ein Marshallplan für Europa. Vorschlag des Deutschen Gewerkschaftsbundes für ein Konjunktur-, Investitions- und Aufbauprogramm für Europa. DGB Bundesvorstand, Berlin.

In einem neuen europäischen Sozialdialog müssen einige zentrale Themenstellungen in Europäischen Sozialforen nunmehr von den Bürgern, nicht mehr von den Bürokraten und Spekulanten, diskutiert werden. Beispielhaft werden folgende acht Themen für Europäische Sozialforen aufgezählt:

1. Obligatorische Grundsicherung,
2. koordinierte Mindestlöhne,
3. Lebensarbeitszeitbudgetierung,
4. Erwerbstätigen- statt Arbeitslosenversicherung,
5. gemeinwirtschaftliche Gesundheits- und Pflegeversorgung,
6. Leitbilder für rückläufige und entlegene Regionen in der EU,
7. Sozialfinanzierung aus der Wertschöpfung,
8. Besteuerung von Wertschöpfung, Exportüberschüssen, Finanzgeschäften und Vermögen in der EU.

Wichtige Voraussetzungen zur Stabilisierung der Europäischen Union sind ein möglichst rascher Wiederaufbau der Sozialeinkommen und eine Sicherung der Sozialsysteme. Entsprechend umgesetzte sozialpolitische Forderungen entfalten neben der Bekämpfung der Armut auch bedeutende ökonomische Impulse.

„In einem neuen europäischen Sozialdialog müssen einige zentrale Themenstellungen in Europäischen Sozialforen nunmehr von den Bürgern, nicht mehr von den Bürokraten und Spekulanten, diskutiert werden.“